



Ivaylo Ditchev

Flüchtige Staatsbürgerschaft

Utopie der Freiheit oder Realität der Unterwerfung?

Nach fast einem halben Jahrhundert sozialistischer Politik, die Rechte durch Privilegien ersetzte und die den reglementierten Umzug vom Dorf in die Stadt als wirksames Machtinstrument einsetzte, finden sich Länder wie Bulgarien heute in der komplexen Geometrie der EU wieder. Etwa zwei Millionen der insgesamt sieben Millionen Einwohner des Landes sind ständig unterwegs — weil sie im Ausland arbeiten oder studieren, zurückkommen, investieren oder wieder ausreisen. Die Tendenz zur Überwindung aller willkürlich gesetzten sozio-politischen Grenzen offenbart sich am deutlichsten im Internet und seinem utopischen Horizont absoluter Mobilität. Aber ist der Preis für diese Utopie der Verlust des Gemeinsinns?

Mobilität als Ausflucht

Die Utopie von Kosmopolitanismus, Multikulturalismus und Mobilität, die mit der Liberalisierung und dem anschließenden Zerfall des kommunistischen Sowjetblocks in den achtziger Jahren einherging, legitimierte die Zerstörung der Institution Staat in großem Maße. Dennoch waren die Energien, die diesen Prozess vorantrieben, alles andere als eindeutig: Die Bürger des Sowjetblocks hatten einerseits den Wunsch, die Lebensbedingungen vor Ort zu verändern und eine bessere Gesellschaft zu schaffen, andererseits spürten viele das Verlangen, auszureisen und das eigene Leben auf einen Schlag zu ändern. Um diese Ambiguität zu beschreiben, schlage ich den Begriff "staatsbürgerlicher Druck" vor. Dieser Druck wirkt auf die Machthabenden und drängt auf Reformen, bis sie erfolgen; sobald diese erreicht sind und Bürger ausreisen dürfen, lässt der Druck nach und der Wunsch nach Veränderung wird schwächer.

Die Migration von Arbeitskräften war im Sowjetblock unter dem Sozialismus auf hoch qualifizierte Spezialisten beschränkt — Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Konstrukteure. Man schickte sie in den arabischen Raum und in Länder der Dritten Welt, wobei der Staat über die Hälfte ihres Lohnes einbehielt. Nach dem Zusammenbruch des Regimes "normalisierte" sich die Lage langsam, und die Länder des Sowjetblocks wurden zur Quelle größtenteils unqualifizierter Arbeiter.¹ Die neunziger Jahre waren das Jahrzehnt des Übergangs dieser beiden Migrationsformen. Eine große Anzahl von gut ausgebildeten Menschen, viele von ihnen nicht mehr jung, wurde von einer Migrationspanik erfasst, weil sie die weltweiten Veränderungen nicht einschätzen konnten. Ein bulgarischer Witz aus jenen Jahren lautete: "Nur Abenteurer bleiben zu Hause."

Die neu erworbene Bewegungsfreiheit hat den existentiellen Aspekt des sozio-politischen Lebensraums abgeschafft: Jedes soziale oder politische Problem ist, zumindest auf der individuellen Ebene, durch Flucht lösbar. Zygmunt Bauman hat diesen Zustand "flüchtige Moderne" genannt und darauf

hingewiesen, dass Machtmechanismen nicht länger über Zwang und Konflikt, sondern über Vermeidung und Ausflucht funktionieren.² Um den berühmten Satz der britischen Ökonomin Joan Robinson zu zitieren: "Nur eines ist schlimmer als ausgebeutet zu werden: nicht ausgebeutet zu werden." In der neuen globalen Ordnung besteht die größte Bedrohung darin, dass die Macht sich zurückzieht und ein Chaos hinterlässt.

Das gleiche gilt für den Bürger selbst. Staatsbürgerschaft, so könnte man behaupten, funktioniert über Vermeidung und Ausflucht. Liegt darin der Kern einer neuen Form der Demokratie verborgen? Werden Mächtige bestrebt sein, Menschenströme anzuziehen wie ein Supermarkt seine Kunden, und wird die Politikwissenschaft künftig mit Begriffen wie Fließgeschwindigkeit, Zähflüssigkeit, Stagnation und Überschuss arbeiten?

Die Öffnung sozio-politischer Lebensräume bleibt natürlich nicht auf politische Phänomene wie Grenzkontrollen und Visa beschränkt. Während der letzten Jahrzehnte ist es einfacher geworden, die Heimat zu verlassen und sich woanders zu integrieren. Die starren kulturellen Muster in der Ersten Welt, die den Einheimischen Neuankömmlingen gegenüber vielerlei Privilegien gesichert haben, sind ins Wanken geraten; wenn auch nicht immer in der Praxis, dann zumindest doch auf gesetzlicher Ebene und in Bezug auf die aufgeweichten Ideologien der globalisierten Welt. Auch die Zweite und Dritte Welt stehen unter dem Druck, kulturelle Muster durchlässig zu machen. Neu ist dabei nicht das Phänomen an sich, sondern seine ideologische Normalisierung. Demnach haben Menschen nicht nur das Recht, ihren Wohnort frei zu wählen, sondern außerdem ihren kulturellen Kontext, ihre Sprachen, Traditionen und Lebensweisen mitzubringen.

Die globale Utopie einer weltbürgerlichen Zugehörigkeit wurde bislang von einer Handvoll nomadisierender Intellektueller, Politiker oder Geschäftsmänner verkörpert, die sich überall zu Hause fühlen und spezielle internationale Umgangsformen herausgebildet haben (sie begrüßen sich mit Küsschen, bevorzugen die internationale Küche, googeln ihre Gesprächspartner vor einem Treffen und wenden sich an den Taxifahrer, wenn sie vor Ort Informationen brauchen). Problematisch ist, dass sich hinter dieser Fassade der Globalisierung die Realität der zunehmenden Mobilisierung versteckt. Der Durchschnittsmigrant ist nicht freier, sondern ungeschützter.

Bei den Gesprächen, die ich während der letzten zehn Jahre mit bulgarischen Migranten in Frankreich und der Türkei geführt habe, wurde deutlich, dass sich die wenigsten dieser Menschen in ihrem Gastland politisch engagieren, selbst nach ihrer Einbürgerung nicht. Wenn überhaupt, scheinen Migranten von extremistischen Parteien fasziniert zu sein, die einen Einwanderungsstopp versprechen; mangelnde Solidarität scheint für Randgruppen charakteristisch zu sein. Die Emigration verkleinert den "staatsbürgerlichen Horizont": Viele Einwanderer sind an dem Land, in dem sie leben, wenig interessiert. Jener Horizont war schon unter dem Sozialismus eingeschränkt; wie Sheila Fitzpatrick gezeigt hat, bestand unter jenem System die einzig geduldete Form bürgerlicher Einmischung in Verbraucherbeschwerden, in der Empörung über einen Kellner oder Verkäufer zum Beispiel, oder in der Kritik an einem fehlerhaften Zeitungsartikel.³

Die meisten Migranten, denen ich begegnet bin, leben in einer zeitlich begrenzten Lebenswelt; ihre wichtigste Zukunftsvision beinhaltet eine Rückkehr in die alte Heimat, die erfolgen soll, sobald sie einen Rentenanspruch erwirtschaftet haben oder anderweitig zu Geld gekommen

sind. Der Grund hierfür ist einfach: Nur in der Heimat können sie jenen Erfolg genießen, für den sie so teuer bezahlt haben. Andere Bulgaren werden sie mit Neid und Bewunderung betrachten. Ein weiterer häufig genannter Grund für die geplante Rückkehr ist der Wunsch, "in der Heimat" begraben zu werden. Die Zeitweiligkeit des Migrantenstatus lässt sich natürlich aus dem unglücklichen Wort "Gastarbeiter" sofort herauslesen. In den post-ottomanischen Gebieten bezeichnet gurbet eine ursprünglich Männern vorbehaltene, behördlich strikt geregelte Ausreise zu Arbeitszwecken. Einige der Befragten haben diese Praxis mit dem Armeedienst verglichen. Manche bekommen den "schwarzen Stempel" auf ihren Pass gedrückt, bestechen einen Beamten, ändern in ihrem Namen einen Buchstaben, um das Schengener Computersystem zu täuschen und reisen erneut aus. Diese Menschen haben im Ausland keine Rechte, in ihrer Heimat keine Arbeit — das ideale Menschenmaterial einer neuen sozialen Ordnung.

Obwohl Einwanderer ihre Bürgerrechte aufgeben — die meisten von ihnen freiwillig —, stehen ihnen andere soziale Netzwerke zur Verfügung. Der Migrant hat einen Neffen irgendwo, er kennt jemanden aus seinem Dorf oder zumindest einen serbischen oder türkischen Mittler, der ihn einem Arbeitgeber vorstellen kann. Persönliche und ethnische Bindungen garantieren die eigene Vertrauenswürdigkeit (beispielsweise im Fall privater Geldgeschäfte). Menschenrechte sind, theoretisch betrachtet, etwas Allgemeines; die Position in einem sozialen Netzwerk hingegen ist immer persönlich.

Historische Parallelen

In Zeiten radikalen Wandels hat die Flucht in die Neue Welt immer als ein Ventil für den staatsbürgerlichen Druck gedient. Landprivatisierungen in Großbritannien und die verschärfte Armengesetzgebung von 1834 (für viele der eigentliche Beginn des Kapitalismus) veranlassten 2,5 Millionen Iren, nach Amerika auszuwandern (von denen bis zu 1,5 Millionen verhungerten). Wären solch dramatische Maßnahmen — wie die Vertreibung von Menschen von einem zur Ware gewordenen Landstrich — ohne das Ventil der Migration überhaupt denkbar gewesen?

Die kommunistische Moderne bietet ein weniger bekanntes Beispiel für Mobilität — die induzierte Lenksamkeit. Analysen der kommunistischen Regimes betonen für gewöhnlich den Aspekt der Immobilität, die verschlossenen Grenzen, das Fehlen von Reisepässen für Bauern bzw. *lishenzy* und so weiter. Dennoch fand in der Sowjetunion während der dreißiger und in Staaten wie Bulgarien und China während der fünfziger und sechziger Jahre eine massenhafte Landflucht statt. In Bulgarien betrug der Anteil der Städter an der Gesamtbevölkerung im Jahr 1946 24 Prozent; 1968 waren es 50 und 1989 73 Prozent. Diese Verstädterung erinnert an die Zustände in Großbritannien zu Hochzeiten der Industrialisierung.

Interne Mobilität war während des Kommunismus nur unter bestimmten, behördlich festgelegten Bedingungen möglich. Menschen, die es nicht nur der besseren Arbeitsaussichten und Entwicklungsmöglichkeiten wegen, sondern auch aufgrund der günstigeren Versorgungslage in die großen Städte zog, mussten eine Zuzugserlaubnis beantragen (UdSSR: *propiska*, Bulgarien: *jitelstvo*, China: *hukou*). Die Zuzugserlaubnis wurde in exakt derselben Weise zugeteilt, in der die Industriestaaten heutzutage Visa ausgeben. Während der sechziger Jahre erlangte die Hälfte aller Neubürger von Sofia ihre Aufenthaltserlaubnis durch Heirat mit einer in Sofia ansässigen Person; 34 Prozent wiesen nach, dass ihre Arbeitskraft in einem Betrieb der Stadt

gebraucht wurde (hierzu war die Unterschrift des betreffenden Arbeitgebers vorzuweisen); 16 Prozent der Antragsteller waren ältere Leute, die ihren Kindern in die Stadt nachziehen durften, um dort versorgt zu werden. Der Zeitraum, nach dem eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, verlängerte sich beständig von zwei auf drei auf fünf Jahre im Jahr 1966; während dieser "Probezeit" konnte der zeitweilige Einwohner in sein Dorf zurückgeschickt werden. Ungefähr 11 Prozent der Einwohner von Sofia befanden sich während der sechziger Jahre in dieser Lage. Natürlich war dieser Teil der Bevölkerung der schutzloseste, und er übernahm die unattraktivsten Arbeiten. Je größer die Gruppe internationaler Einwanderer ist, um so sicherer kann sich das System ihrer Unterwerfung sein; dies war in Russland, Rumänien, Albanien und Bulgarien der Fall, nicht jedoch in der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR, wo die Verstärkung bereits vor dem Kommunismus eingesetzt hatte.⁴

Bildgesteuerte Staatsbürgerschaft

An diesem Punkt wollen wir uns eine Welt in Bewegung vorstellen, in der Migration nicht länger eine Einbahnstraße vom Dorf in die Stadt ist, von klein nach groß, von vorübergehend nach dauerhaft; eine Welt, in der es keine sicheren Jobs, festen Berufsbilder oder Langzeitstrategien mehr gibt und wo Zeitweiligkeit als Dauerzustand akzeptiert wird.

Das Konzept der "Deterritorialisierung" von Gilles Deleuze und Félix Guattari impliziert das Verschwinden festgeschriebener Bedeutungen (der Einheimische weiß, dass diese Wolke Regen bedeutet); die "Reterritorialisierung" wird über Bilder geleistet (wie z. B. durch das Gemälde des wolkenverhangenen heimatlichen Himmels).⁵ Man könnte behaupten, dass der mobile Mensch seine Verwurzelung in der geordneten Welt des Lokalwissens und der kulturellen Kompetenz verliert und sich auf der Bildebene um Reterritorialisierung bemüht. Diese auf Bilder gründende Reterritorialisierung bringt unter Umständen eine "Staatsbürgerschaft der Bilder" hervor, und je nach Migrantentypus funktioniert sie auf zwei Arten.

Zunächst gibt es die "überlegenen" Migranten, deren soziale, kulturelle und sprachliche Fähigkeiten es ihnen erlauben, zumindest zum Teil allein zurechtzukommen. Dann gibt es die "unterlegenen" Migranten, die ganz und gar auf ethnische, nachbarschaftliche oder persönliche Netzwerke angewiesen sind. Weil die Kultur der Staatsbürgerschaft in den Gastländern in der Regel höher entwickelt ist, erlangen die überlegenen Migranten schnell einen legalen Status und damit ein Gefühl für ihre neuen Rechte. Das resultiert manchmal in der Gründung von Verbänden, der Veröffentlichung von Zeitungen und, nicht zuletzt, einer fieberhaften Aktivität im Internet. Die Bemühungen um Integration, die anfängliche Ablehnung durch Einheimische und der relative Verlust sozialen Ansehens gehen mit einer Glorifizierung der "Heimat" einher. Das Heimatland wird idealisiert und die Bedeutung des Migranten in diesem Heimatland überschätzt, was nach Benedict Anderson zu einem "Fern-Nationalismus" führt — einem Nationalismus, der leidenschaftlicher ist als im Heimatland selbst.⁶ Die Reterritorialisierung mit Hilfe heimatlicher Bilder findet im entfremdeten Kontext des Gastlandes statt. Interessanterweise neigen überlegene Migranten dazu, die an den neuen Wohnort oder die neue Nationalität geknüpften Rechte auf die dekontextualisierten Bilder des Heimatlandes zu übertragen. In der Folge kommt ein Beschwerdediskurs über die schlechten Zustände in der Heimat in Gang, und Vergleiche mit dem gut organisierten Alltag des "zivilisierten" ("entwickelten", "normalen") Gastlandes werden angestellt. Diese Form der bildgesteuerten

Staatsbürgerschaft schlägt auf das Heimatland zurück, wo sie internalisiert wird und jenes allgegenwärtige Gefühl der Minderwertigkeit hervorruft, das als eine der Randerscheinungen der Moderne gelten kann.

Aufgrund ihres ungesicherten Status müssen "unterlegene" Migranten hin und wieder in ihr Heimatland reisen. Während der Zeit im Gastland teilen sie sich zu viert ein Zimmer, sparen jeden verdienten Pfennig und reduzieren den Kontakt zu den Einheimischen auf ein Mindestmaß. Der staatsbürgerliche Horizont schrumpft auf das Kleinste zusammen, schließt alle Möglichkeiten politischer und sozialer Mitbestimmung aus und lässt nur eine vage Vorstellung vom Menschenrecht übrig, die sich im Ehrbegriff erschöpft.

Was übrig bleibt und die Selbstwahrnehmung bestimmt, ist das "Konsumbürgertum". Die Antriebsfeder dieser Art von Mobilität ist das Versprechen auf Konsumgüter, und nur dieses Versprechen macht die Härten und Demütigungen erträglich. Das Konsumideal ist jedoch weniger durch festgelegte Zeichen bestimmt ("ich kaufe dieses Produkt und werde damit dieser oder jener sozialen Sphäre zugehörig), sondern durch ein Bild vom "Ausland", in dem eine ganze Konsumwelt rekonstruiert und das migrantische Selbst platziert wird. Diese imaginierte Konsumszenerie wird mit sich herumgetragen und dient nach der Rückkehr in die Heimat dazu, die Auslandserfahrung zu reterritorialisieren. Der Migrant plant, ein teures Auto zu kaufen und vor der Tür zu parken oder ein schickes Café in seinem Dorf, wo die Kühe durch die Straßen laufen, zu eröffnen, denn im Zentrum seiner Sehnsüchte steht die Rückkehr nach Hause. Folglich legt sich der Migrant in seinem Gastland eine bildgesteuerte Staatsbürgerschaft zu — nur in seiner Fantasie, denn die in der Heimat abgerufenen Konsumbilder entsprechen nur selten dem, was er im Ausland tatsächlich erlebt hat.

Staatsbürgerschaft und Territorium

Staatsbürgerschaft definiert sich im weitesten Sinne über politische Partizipation, kulturelle Kompetenz, Rechte und Pflichten. Das Territorium universalisiert diese Merkmale: Alle, die am selben Ort ansässig sind, sind Bürger zu gleichen Teilen. Im traditionellen Verständnis hängen Staatsbürgerschaft und Territorium untrennbar zusammen. Aristoteles schrieb über die Bürger: "Dass sie an nichts gemeinsamen Anteil hätten, ist aber offenkundig unmöglich. Der Staat ist nämlich eine Gemeinschaft, und zuerst muss man am Orte Anteil haben. Denn der Ort ist *einer für einen* Staat, die Bürger aber haben gemeinsamen Anteil an *einem* Staat."⁷

Der gemeinsame Raum ermöglicht es, das Gegenüber nicht nur als Individuum, sondern als Person mit bestimmten Funktionen wahrzunehmen. Der Raum ist eine Möglichkeit der Klassifizierung; nach Piaget geschehen Klassifizierungen entweder nach Gebiet oder nach Art. Die Muster politischer Interaktion gestalten sich möglicherweise nach diesen Klassifizierungstypen — dem *demos* (der an ein bestimmtes Territorium gebunden ist) und dem *genos* (der sich aus Herkunft und Verwandtschaft ableitet). Mit anderen Worten gibt es Leute, die sich zufällig zusammen an einem Ort wiederfinden und gezwungen sind, ihren gemeinsamen Lebensraum willentlich zu gestalten, und Leute, die aufgrund "essenzieller" Merkmale wie Herkunft, Religion oder Hautfarbe eine Gruppe bilden. Nicht zufällig ist für uns der Begriff der Demokratie von Bedeutung, nicht der *Genokratie*. Der willkürliche Aspekt des Territoriums lässt alle individuellen Merkmale eines jeden Gruppenmitglieds in den Hintergrund treten und gestattet ihm so Gleichberechtigung und die Möglichkeit zu politischem Handeln.

Robert Sack definiert Territorialität als "geografischen Ausdruck gesellschaftlicher Macht", als die Möglichkeit, "durch die Kontrolle eines Gebietes Menschen und Dinge zu kontrollieren" und als "Strategie, Menschen, Dinge und Beziehungen in unterschiedlichem Maße zugänglich zu machen".⁸ Man könnte sagen, dass das Territorium als Mittler im Verhältnis zwischen Individuum und Macht fungiert: Wenn Macht X das Territorium Y beherrscht, bedeutet das für das in Y ansässige Individuum Z noch lange nicht, ebenfalls von X beherrscht zu werden, weil Z das Territorium Y einfach verlassen kann. In einer Genokratie wird das ungehorsame Individuum mit Exkommunikation, fatwah oder Fluch bestraft, in dieser Welt und der nächsten.

Territorien überschneiden sich. Sack führt für die komplizierte Geometrie der Macht ein Beispiel aus dem EU-System an:

Ein Ort X ist entweder öffentlich oder privat; automatisch fällt er in den "Polizeibeizirk A", den "Feuerwehrbezirk B", den "Abwasserbezirk C", "Schulbezirk D", "Stadtplanungsbezirk E", "Amtsgerichtsbezirk F", "Landgerichtsbezirk G", "Stadtbezirk H" und "Kreisbezirk I" im "Staat Z". Verschiebt man den Ausgangspunkt ein kleines Stück, verändert sich alles.⁹

Ein Individuum manövriert sich auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen durch unterschiedliche Territorien hindurch. Es wird sich wegen der guten Schulen für diesen oder jenen Bezirk entscheiden, wegen der Steuergesetzgebung für diese oder jene Stadt und so weiter. Diese Mobilität ist grundsätzlich politischer Natur. Das Territorium ist die Bühne, auf der ein Individuum der Macht begegnet, sich ihr unterordnet oder sich auflehnt. Sich in verschiedenen staatsbürgerlichen Kreisen zu bewegen bedeutet, eine Wahl zu treffen und sich in ein Machtverhältnis mit anderen zu begeben. Mit Wahl ist hier die Entscheidung für oder gegen die Aufrechterhaltung der Verhältnisse gemeint — die Unterordnung unter die Regeln der Vorväter oder der Bruch, die Flucht, das Verschwinden aus dem Netzwerk.

Einerseits bedeutet Territorium ein Stückweit Schicksal, denn es geht dem Subjekt voraus und kann nicht nach Belieben verändert werden. Andererseits lässt sich in der Geschichte eine zunehmende Tendenz zum Widerstand gegen dieses Schicksal beobachten, zur Politisierung des Raumes, zur Überlagerung und zum Ortswechsel. Das Politische endet, wo sozio-politische Räume zerstört wurden und das Subjekt befreit ist. Jean-François Gossiaux behauptet, dass Ethnizität in diesem Moment ins Spiel kommt: Das Ethnische ist der Nullpunkt der Politik.¹⁰

Warum lösen sich sozio-politische Räume auf? Ein Grund liegt in der Erfüllung des Wunsches nach Befreiung vom Schicksal räumlicher Zugehörigkeit, vom Gesetz des Zufalls. Wehrdienstleistende werden durch Berufssoldaten ersetzt, Bildung wird zur Ware, Kultur und nationale Rituale zur Privatsache. Immer muss es eine Hintertür geben, irgendeine Möglichkeit, auf der Stelle Befriedigung zu erlangen, zu fliehen: *delight or flight*. In gewisser Weise hat sich die Utopie der 1960er und 1970er Jahre mit ihrer Betonung der individuellen Freiheit, Sehnsucht und Nomadentum erfüllt: der neue kinetische Kapitalismus ist Realität. Und wie alle Utopien hat auch er seine dunklen Seiten.

Jeffrey Alexander vergleicht die Codes des Staatsbürgertums mit dem Umgang mit der Unreinheit in prä-modernen Gesellschaften. Man wendet sich

angewidert von Vorgängen ab, die gegen die Regeln der Gemeinschaft verstoßen, beispielsweise Kindesmissbrauch oder Rassismus, und man bemüht sich, entsprechende Phänomene aus der eigenen bürgerlichen Sphäre zu verbannen oder den Kontakt zu Personen zu vermeiden, die diese Regeln brechen. Eine vollkommen zynische Gesellschaft, in der das Verhalten des Nachbarn ignoriert wird, ist jedoch unvorstellbar. Um den Vergleich weiterzuführen: Die Zerstörung von Territorien scheint uns in eine Welt der Jatis aus dem indischen Kastensystem zu versetzen, in der Codes nebeneinander existieren und der Konflikt mit dem Anderen ständig vermieden wird.¹¹

Eine genauere Vorstellung von dieser Tendenz erhält man, wenn man Europa mit dem sozialen Lebensraum der USA vergleicht, der sich weitestgehend durch Individualverkehr, private Dienstleistungen und Treffpunkte und rigorose Sicherheitseinrichtungen auszeichnet. In der Folge begegnet man nur selten Menschen, die radikal anders sind als man selbst, außer man bemüht sich aktiv darum. Geselligkeit ist nicht länger eine Frage des Schicksals, sondern der Wahl.

Das Internet bietet verständlichere Bilder von der Pulverisierung des Raums.¹² Das Internet ist nicht räumlich in dem Sinne, in dem ich den Begriff hier verwende. Im Netz hat man es ausschließlich mit Personen, Orten und Informationen zu tun, für die man sich frei entscheidet; alles Unangenehme lässt sich vermeiden. Der eigene Nachbar kann regelmäßiger Gast in einem faschistischen Diskussionsforum sein, während man selbst ein kommunistisches besucht; es kommt nicht notwendigerweise zu einem Treffen, geschweige denn zu einem Faustkampf auf dem Dorfplatz. Im Internet existiert kein Ort, dem man nach willkürlichen Gesichtspunkten zugeordnet würde, und keine Person, die man nicht meiden könnte: *Der staatsbürgerliche Druck geht gegen Null*. Im Internet ergeben sich Klassifizierungen auf anderen Wegen, nicht über den Raum, sondern über Typen: nach Sprache, Beruf, Lebensstil und so weiter. Infolgedessen haben verschiedene Hierarchien das Prinzip der Gleichheit ersetzt, abgesehen von dem für alle gleichen, negativen Recht auf Flucht — auf Weigerung, mit anderen Bürgern in Kontakt zu treten und Konflikte auszutragen.

Selbstverständlich gibt es Bürgergruppen, die das Internet als Werkzeug für staatsbürgerliches Engagement nutzen. Aber funktionieren diese Gruppen nicht innerhalb einer vielleicht ideellen, aber immerhin räumlichen Gemeinschaft? Und wenn sie sich entscheiden zu handeln, besetzen sie dann nicht den öffentlichen Raum oder seine Ausläufer, um Dritte mit ihren Ansichten zu konfrontieren?

Das Internet liefert ein Bild für die allgemeine Tendenz zu einem utopischen *Horizont der absoluten Mobilität*, für den Triumph der freien Wahl über die Schicksalhaftigkeit des Ortes. Denken Sie an Währungen, die heutzutage per Mausklick von einem Kontinent zum anderen springen. Denken Sie an den Markt im Großen und Ganzen, nicht nur für Güter und Arbeit, sondern auch für politische Modelle, Ideen und Verhaltensweisen.

Letzten Endes ersetzt der "Staatsbürger als Unternehmer" den Geist der *polis*, besonders im Fall der Migranten, die von ihren Arbeitgebern vollkommen abhängig sind. Sie neigen dazu, die politischen Ansichten ihrer Chefs zu teilen, sich durch sie sozialisieren zu lassen und sich übermäßig zu identifizieren. Darüber hinaus gibt es das Phänomen des Staatsbürger-Unternehmertums aus der Ferne, das manchmal auch "virtuelle Immigration" genannt wird; Beispiele

dafür sind der Inder, der sich einen Namen wie "Mike" zulegt und mit amerikanischem Akzent spricht, um in Bombay Kundenanrufe anzunehmen; oder ein Bulgare, der von einem kleinen Dorf auf dem Balkan aus als Softwareprogrammierer arbeitet und dessen Beziehung zu seinem Staat darauf beschränkt ist, dass er sich an die Verkehrsregeln hält. Der einzige Weg, diesem transnationalen Unternehmertum zu begegnen, liegt meines Erachtens in der Gründung transnationaler Zünfte, wie es sie einst in den Städten des Mittelalters gab. Hier könnten sich Mike aus Bombay und Mike aus San Francisco auf professionelle Solidaritätsstandards einigen, die über nationale und ethnische Grenzen hinaus von Gültigkeit sind.

Die Frage bleibt, ob sich jemals eine "Netzwerkdemokratie" herausbilden wird, in der verschiedene Gruppen in einer multidimensionalen Welt nach dem Vorbild der indischen Jatis nebeneinander leben, sich gegenseitig meiden, innerhalb der Gruppierung aber dennoch eine neue Art von Bürgertum aufrecht erhalten. Oder stehen wir möglicherweise vor dem Ende der Moderne, an dem persönliche Loyalität und Unterwerfung den Gemeinsinn ein für allemal verdrängen?

Dieser Text basiert auf einer Vorlesung, die der Autor in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung der Stadt Wien und der "Dokumentationsstelle für ost- und mitteleuropäische Literatur" im Dezember 2005 am Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) hielt.

¹ Jugoslawien, ein in kultureller Hinsicht Bulgarien ähnliches Land, begann während der 1970er Jahre mit dem Export von Gastarbeitern, um seine Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Inzwischen befindet sich Bulgarien in derselben Lage.

² Zygmunt Bauman, *Flüchtige Moderne*, Suhrkamp Verlag 2003.

³ Sheila Fitzpatrick, *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s*, Oxford University Press 1999.

⁴ Städte wie Moskau und Beijing haben das System des geregelten Zuzugs bis heute beibehalten. Über das Zuzugssystem und das Thema der städtischen Einwohnerschaft unter dem Kommunismus vgl. auch: Ivaylo Ditchew, "Communist Urbanization and Conditional Citizenship", *City*, Vol. 9, 3 / 2005.

⁵ Gilles Deleuze und Félix Guattari, *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie*, Merve Berlin 1992.

⁶ Benedict Anderson, "Long-Distance Nationalism. World Capitalism and the Rise of Identity Politics", The Wertheim Lecture, Amsterdam: Centre for Asian Studies 1992.

⁷ Aristoteles: *Politik. Schriften zur Staatstheorie*, Reclam 1989, 107.

⁸ Robert Sack, *Human Territoriality. Its Theory and History*, Cambridge University Press 1986, 5.

⁹ Ebda, 15.

¹⁰ Jean-François Gossiaux, *Pouvoirs ethniques dans les Balkans*, PUF 2002.

¹¹ Jeffrey C. Alexander, *Possibilities of Justice: Civil Society and Its Contradictions* (i. E.).

¹²

Das Internet ist nicht bloß eine Technologie; sein reibungsloses Funktionieren wäre ohne politische Unterstützung, die Ausdruck eines globalen Konsens ist, undenkbar. China und Saudi-Arabien bilden in diesem Falle die berühmten Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Published 2007-04-19
Original in English
Translation by Eva Bonné
Contribution by Transit
© Ivaylo Ditchev
© Eurozine